

## **Anträge zum Bundeswahlprogramm an die Mitgliederversammlung DIE LINKE Neukölln vom 22.05.2017**

**Zwei Anträge die von den GenossInnen Sarah Moayeri, Ronald Luther, Lucy Redler eingereicht wurden:**

ÄA 1.1. Zeile 3579 einfügen:

"Die PDS als eine der Vorläuferparteien der LINKEN hat die Einführung des Euro abgelehnt. Die seitherige Entwicklung zeigt, wie richtig diese Haltung war."

Begründung: Unabhängig davon, wie wir heute einen Ausstieg beurteilen, lohnt es sich, daran zu erinnern, dass die damaligen Warnungen berechtigt waren.

+++++++

ÄA 1.2. Zeile 3582 einfügen:

"Die LINKE verteidigt das Recht von Euro-Mitgliedsstaaten, aus der Gemeinschaftswährung auszusteigen, wenn eine demokratische Mehrheit in ihnen das beschließt und lehnt schikanöse Bedingungen für solche Länder ab. Sie ist der Überzeugung, dass ein solcher Ausstieg nur dann, wenn er mit sozialistischer Politik verbunden ist, im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung sein kann. Die LINKE lehnt alle Bestrebungen ab, Euro-Länder, die die neoliberale Politik beenden wollen, mit der Drohung eines Ausschlusses aus der Eurozone zu erpressen."

Begründung:

Auch wenn in der LINKEN die Frage der Euromitgliedschaft kontrovers ist und eine Mehrheit gegen einen Ausstieg sein dürfte, sollten wir auf jeden Fall das Recht von Ländern verteidigen, aus dem Euro auszusteigen und zugleich neue Erpressungen à la Griechenland 2015 klar ablehnen.

+++++++

**Ein Antrag der von dem Genossen Nico Unkelbach eingereicht wurden:**

ÄA 2.1. In Zeile 3822 einzufügen:

„Der breite gesellschaftliche Protest gegen Naziaufmärsche ist wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Zum Protest gehöriger ziviler Ungehorsam darf daher nicht kriminalisiert werden.“

Begründung:

Antifaschistischer Protest ist immer wieder Ziel staatlicher Repression und hat in vielen Fällen strafrechtliche Konsequenzen zur Folge. Ziviler Ungehorsam als Form des politischen Protestes, wie zum Beispiel Sitzblockaden, darf nicht kriminalisiert werden. Eine solche Entkriminalisierung und damit einhergehende Solidarisierung mit antifaschistischen Protestformen muss fester Bestandteil der LINKEN und ihrer Programmatik sein.